

aller Schüler der 8. Klassen in die 9. Klassen der zehnklassigen polytechnischen Oberschule bzw. der erweiterten Oberschule übergehen. Die Notwendigkeit, die Oberschulpflicht als Verfassungsauftrag auszugestalten, wurde von vielen sozialistischen Brigaden in Industrie und Landwirtschaft wie von Pädagogen hervorgehoben.

In vielen Zuschriften an die Verfassungskommission und in zahlreichen Aussprachen brachten die Bürger zum Ausdruck, daß hohe Bildung immer mehr zu einem entscheidenden Merkmal der sozialistischen Persönlichkeit wird. Ohne hohe Bildung der Menschen, ohne bewußtes und ständiges Lernen aller sind die großen Aufgaben bei der Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus nicht zu meistern. Heute kann niemand mehr sagen, er habe für sein ganzes Leben ausgelernt. Mit dem Verfassungsauftrag für das Bildungswesen realisiert die sozialistische Gesellschaft das humanistische Bildungsanliegen der Arbeiterklasse, allen Kindern des Volkes die allseitige Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu sichern.

In den Diskussionen wurde zu Recht hervorgehoben, daß die volle Verwirklichung der Oberschulpflicht und der weitere Ausbau der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule noch angestrenzte Arbeit, viele schöpferische Überlegungen und die Kraft der ganzen Gesellschaft verlangen. Viele während der Volksaussprache übernommene neue Verpflichtungen von Pädagogen, Eltern, Werktätigen aus den Betrieben und Mitgliedern des sozialistischen Jugendverbandes zur Verbesserung der Arbeit an den Schulen zeigten den Weg zur Realisierung der Verfassung.

In der Volksaussprache wurde angeregt, das große gesellschaftliche Anliegen der Entwicklung des Bildungssystems im Text der Verfassung noch stärker als Aufgabe zum Ausdruck zu bringen. Diesem Vorschlag dient die vorgeschlagene Veränderung des Artikels 25, Absatz 4.

In einer Reihe von Zuschriften an die Verfassungskommission wurde die Frage gestellt, ob die Festlegung im Artikel 26, Absatz 1, richtig sei, daß beim Übergang zu höheren Bildungseinrichtungen unter anderem die soziale Struktur der Bevölkerung berücksichtigt wird.

Die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule ist die Grundlage für jede weiterführende Bildung und die Berufstätigkeit. Sie vermittelt allen Jugendlichen die gleichen Voraussetzungen für ihren weiteren Entwicklungsweg. Es entspricht aber dem Charakter unseres Staates, bei den Aufnahmen und Zulassungen der Jugendlichen zu weiterführenden Bildungseinrichtungen nicht nur ihre Leistungen zu beachten, sondern die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung zu berücksichtigen und einen entsprechenden Anteil von Arbeiter- und Bauernkindern zu gewährleisten. Die Entwicklung der Arbeiterkinder und ihre Vorbereitung auf Führungsfunktionen in der Gesellschaft ist unverrückbares Prinzip unserer Schulpolitik. Es ist ein ebenso wichtiges Anliegen unseres Staates und ein Erfordernis der Bündnispolitik der Arbeiterklasse, den Kindern der Genossenschaftsbauern die Tore der höchsten Bildungsstätten zu öffnen.

Die Zuschriften an die Verfassungskommission hinsichtlich der Gewährung von Stipendien müssen gleichfalls von der vorgenannten Ausgangsposition beantwortet werden. Es entspricht dem Charakter unserer Gesellschaft, daß die Höhe der Grundstipendien entsprechend den ökonomischen und finanziellen Möglichkeiten unseres Staates von sozialen Gesichtspunkten bestimmt wird. Darunter ist die Höhe des Einkommens der Eltern bzw. der Unterhaltspflichtigen und die Anzahl der Geschwister zu verstehen. Unabhängig vom Grundstipendium können alle Studenten für gute Leistungen ein Leistungsstipendium erhalten. Gegenwärtig erhalten ca. 80 Prozent aller Studenten

709 ein Grund- und ca. 15 Prozent ein Leistungsstipendium. Allein dafür stellt